

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/005(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 04.11.2004	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	19:00Uhr

Sollte die Sitzung an diesem Tag nicht beendet sein, wird der Stadtrat vorsorglich zur 6.(IV). Sitzung (Fortsetzung) am 08.11.2004 um 16.00 Uhr eingeladen.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 4.(IV). Sitzung vom 07.10.2004
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Gültigkeit der Kommunalwahl DS0623/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Wahl des Kreisjägermeisters sowie der Mitglieder des Jagdbeirates DS0592/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Bestellung der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten DS0666/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.4 Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung DS0660/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.5 Haushaltsrechtliche Entscheidung im Rahmen der Fortführung des Übertragungsprozesses von Kinderbetreuungseinrichtungen an freie Träger DS0674/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.6 Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0723/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
WV v. 07.10.04
- 6.7 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg DS0616/04
BE: Bürgermeister
- 6.8 Wahl des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg DS0724/04
BE: Bürgermeister
- 6.9 Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH DS0621/04
Jahresabschluss zum 31.12.2003
BE: Bürgermeister
- 6.10 Jahresabschluss 2003 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID GmbH) DS0641/04
BE: Bürgermeister
- 6.11 Jahresabschluss 2002 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) DS0642/04

- BE: Bürgermeister
- 6.12 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2003 der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH DS0653/04
BE: Bürgermeister
- 6.13 Abschluss zum 30.06.2003 der Sanierungsgesellschaft Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.) DS0707/04
BE: Bürgermeister
- 6.14 Gesellschaftsrechtliche Zusammenführung und Neuordnung der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGGM) sowie damit verbundene Maßnahmen zur Effizienzsteigerung DS0637/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.15 Erwerb weiterer Geschäftsanteile an der Magdeburger Hafen GmbH DS0649/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.16 Verlängerung des Regionalmanagements für die Region Magdeburg DS0746/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.17 Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg DS0676/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.18 Schließung der Kita Salbker Kinderspaß DS0693/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.19 Gründung - Magdeburger Bündnis für Familie DS0725/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.20 Widmung der Gemeindestraßen Hansapark, Seepark und Fabriciusstraße (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 359-1 "Hansapark" DS0451/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.21 Straßename DS0663/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7 Einwohnerfragestunde
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	Wiedereinführung historischer Strassenbezeichnungen Bündnis 90/Die Grünen - future! - die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 19.04.04 und 09.09.04	A0053/04
8.1.1	Wiedereinführung historischer Strassenbezeichnungen	S0130/04
8.1.2	Wiedereinführung historischer Strassenbezeichnungen	A0053/04/1
8.2	Konzept Existenzgründungen CDU-Fraktion WV v. 19.04.2004	A0066/04
8.2.1	Konzept Existenzgründungen	S0120/04
8.3	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 14.06.04	A0090/04
8.3.1	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg	S0235/04
8.3.2	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg	A0090/04/1
8.3.3	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg	A0090/04/2
8.3.4	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg	A0090/04/3
8.4	Bürgerdienst "Hausbesuch" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0154/04
8.5	Sanierung Schule Salbke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0155/04

8.6	Änderung der Vorfahrtsregelung Harsdorfer Straße CDU-Fraktion	A0156/04
8.7	Parkregelung Flechtinger Straße CDU-Fraktion	A0157/04
8.8	Schulwegsicherung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0160/04
8.9	Brauerei in Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0161/04
8.10	Magdeburger Stadtrecht CDU-Fraktion	A0158/04
8.11	Ausstellung Drittes Reich CDU-Fraktion	A0159/04
8.12	Aufhebung eines Beschlusses Kulturausschuss	A0163/04
8.13	Fortsetzung der Verhandlungen zu Theaterverträgen PDS-Fraktion	A0164/04
8.13.1	Änderungsantrag SPD-Fraktion	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Touristisches Wegeleitsystem	I0312/04
9.2	Folgen für ehrenamtliche Stadträte bei unbefugter Aushändigung vertraulicher Unterlagen an Dritte	I0316/04
9.3	Information zum Schulentwicklungsplan 2005/06 auf der Basis der Beschlusslage zum Mittelfristigen Schulentwicklungsplan 2004/05- 2008/09 (DS0784/03, Beschluss-Nr.: 2953-79(III)04)	I0307/04

9.4 Einwohnerversammlung Salbke/Westerhüsen I0332/04

Nichtöffentliche Sitzung

10 Beschlussfassung durch den Stadtrat

10.1 Verkauf von Altpapier zur Vermarktung/Verwertung DS0679/04

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

10.2 Kreditermächtigung DS0626/04

BE: Bürgermeister

10.3 Jahresabschluss 2003 MMKT DS0713/04

BE: Bürgermeister

10.3.1 Jahresabschluss 2003 MMKT DS0713/04/

1

10.4 Unbefristete Niederschlagung der Kosten einer Ersatzvornahme DS0503/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

10.5 Genehmigung der Konzession der tägl. Speise- u. DS0755/04

Getränkeversorgung für 13 Kindertageseinrichtungen

Sollte die Sitzung an diesem Tag nicht beendet sein, wird der Stadtrat vorsorglich zur 6.(IV). Sitzung (Fortsetzung) am 08.11.2004 um 16.00 Uhr eingeladen.BE:

Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer eröffnet die 5. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	40	“	“
maximal anwesend	54	“	“
entschuldigt	3	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer informiert darüber, dass der Oberbürgermeister in seiner Dienstberatung am 28.09.2004 den Antrag auf Auszeichnung nach § 5 der Ehrenbürgersatzung mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Silber für den

Richard-Wagner-Verband e.V.
eingereicht am 07.09.2004
Gründungsdatum 04. Oktober 1884

DS 0690/04 – Beschluss-Nr. 391-38/04

und am 26.10.2004 den Antrag auf Auszeichnung nach § 5 der Ehrenbürgersatzung mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold für den

Marinevereinigung Magdeburg 1894/1991
eingereicht am 05.10.2004
Gründungsdatum: 10. November 1894

DS0753/04 – Beschluss-NHr. 422-42/04

beschlossen hat.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

in öffentlicher Sitzung

Anträge von Fraktionen:

A0163/04 - Kulturausschuss
Aufhebung eines Beschlusses

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 8.12**

A0164/04 – PDS-Fraktion
Fortsetzung der Verhandlungen zu Theaterverträgen
(mit interfraktioneller Anlage)

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 8.13**

2. zurückgezogene TOP

Der TOP 6.14 – DS0637/04 wird von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

3. Hinweise

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne bittet zum TOP 9.2 um Rederecht

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **beschlossen**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 4.(IV). Sitzung vom 07.10.2004
-

Redaktionelle Änderung der PDS-Fraktion:

Auf der Seite 63 muss es unter TOP 9.8 im 1. Absatz richtig heißen:

Der Vorsitzende des Kulturausschusses Stadtrat Heendorf begründet den Antrag A0141/04.

In der Anlage 5 zum Beschlussprotokoll muss es richtig heißen:

Herr **Ruden**

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 22 ist in der Antwort des Oberbürgermeisters im 2. Absatz der 3. und der 4. Satz zu streichen.

Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Auf der Seite 47 ist unter TOP 7.19 der 2. Absatz wie folgt zu formulieren und ein weiterer Absatz einzufügen:

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, begründet seine Ablehnung zur Drucksache DS0428/04 damit, das aus seiner Sicht die Alte Neustadt in diesem Zusammenhang vernachlässigt wird und eine Verknüpfung des Wissenschaftshafens mit der Alten Neustadt und der Universität unbedingt in das IBA-Programm aufgenommen werden sollte.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Kaleschky, sieht dies im Zusammenhang mit der IBA nicht als erforderlich und versichert, dass das Bemühen um die Aufwertung der Alten Neustadt an der Stadtverwaltung nicht vorbei geht.

Hinweis:

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal informiert, dass seine Fraktion ihren Spendenanteil für die Anna-Amalia-Bibliothek (siehe der abgelehnte Antrag A0148/04 der Stadtratssitzung am 07.10.04) geleistet hat.

Das geänderte Beschlussprotokoll der 4. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 07.10.2004 wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung
-

5.1 Schriftliche Anfrage (F0218/04) des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion

Bildung von Einkaufskooperationen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mit dem Stadtratsbeschluss [Beschluss-Nr. 2728-74(III)03] zum Antrag A0025/03 wurde die Stadtverwaltung beauftragt, die Möglichkeiten zur Schaffung von Einkaufskooperationen zu untersuchen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist der Sachstand zu diesem Thema?
2. Sind bereits solche Einkaufskooperationen geschaffen worden bzw. ist die Gründung solcher Gemeinschaften in Vorbereitung?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Wir hatten auf die Anfrage dahingehend eine positive Stellungnahme abgegeben, dass wir offen sind gegenüber dem Instrument der Einkaufskooperation. Das ist kartellrechtlich nicht ganz unproblematisch. Wir haben unsere Eigenbetriebsgesellschaften angeschrieben, um abzuklären, inwieweit tatsächlich ein Bedarf und auch die Bereitschaft da ist, mit uns in solche Kooperationen einzutreten. Das Ergebnis war, so wie ich jetzt weiß, ich reiche es schriftlich nach, marginal. Aber das bedeutet für uns nicht, dass wir an diesem Thema nicht dranbleiben wollen. Ich erinnere daran, dass wir mit dem Ohre- und dem Bördekreis verhandeln, wie wir auf Verwaltungsebene noch stärker zusammenarbeiten können. Da ist das auch ein Thema und gehört dort hinein.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.2 Schriftliche Anfrage (F0209/04) des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion

Cross Boarder Leasing

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der US-Gesetzgeber hat vor wenigen Tagen ein Steuergesetz (Job Creation Act of 2004, Abschnitte 847 bis 849) verabschiedet, mit dem rückwirkend das Eingehen von "Cross-Border-Geschäften" seit dem 12. März 2004 verboten wird. Das Gesetz wurde inzwischen durch den Präsidenten der USA, George W. Bush, unterschrieben und wird zum 01. Dezember 2004 in Kraft treten.

Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober wurden ferner der obersten US-Steuerbehörde, der Internal Revenue Service (IRS), weitreichende Handlungsmöglichkeiten eingeräumt, um auch laufende Leasingverträge auf ihre fiskalische Wirkung hin zu überprüfen. Insbesondere bei Verträgen, in deren Rahmen Leasingnehmer mit der Mietsache wie ein Eigentümer umgehen können, ist nach der vorgenannten Berichterstattung zu erwarten, dass die US-Steuerbehörden den Beteiligten jegliche Steuervorteile versagen. Verschiedene deutsche Kommunen haben bereits auf Grund der neusten Entwicklung Anfragen der obersten US-Steuerbehörde bekommen.

Für den Fall, dass auf Grund der Nachfragen im Nachhinein Steuervorteile durch die US-Finanzverwaltung aberkannt werden, prognostizieren Beraterfirmen - lt. Frankfurter Rundschau - die Geltendmachung von Schadensersatzforderungen gegenüber den betroffenen Kommunen.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Hat sich die oberste US-Steuerbehörde bereits an die Stadt Magdeburg oder an städtische Gesellschaften gewandt ?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung die jüngste Entwicklung ?
3. Gibt es bereits eine Abstimmung mit anderen betroffenen Städten oder dem Deutschen Städte- und Gemeindetag, wie auf Anfragen der US-Steuerbehörde - möglicherweise einheitlich - reagiert werden sollte?
4. Welcher Gerichtsstand/ welche Gerichtsstände käme/n nach den für Magdeburger Cross-Border-Geschäfte geltenden vertraglichen Vereinbarungen zum Tragen?

Neben einer kurzen mündlichen bitte ich um eine ausführliche schriftliche Antwort.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Die US-Steuerbehörde hat sich noch nicht an die Stadt Magdeburg gewandt. Wir rechnen auch nicht damit, weil unser Vertrag zwar prognostiziert war, aber nie vereinbart wurde. Seit über einem Jahr haben wir zwar einen Arrangeurvertrag mit dem Mandatsträger, aber wir haben keinen Vertrag abgeschlossen mit einem US-amerikanischen Investor, weil das Problem der steuerlichen Diskussion in den USA seit über einem Jahr bekannt ist und wir in ständigem Kontakt mit unserem Mandatsträger gewesen sind. Es gibt für uns keinerlei Anlass, beunruhigt zu sein.

Wir rechneten seit längerem mit einer entsprechenden Entscheidung, denn der Senator Grassel hat seit mehreren Jahren versucht, hier entsprechende Bremsen in das Steuerrecht einzubauen, damit ausländische Investoren nicht in den Genuss dieses Barwertvorteils kommen. Insofern ist das nicht neu für uns. Wir wussten, dass diese Entwicklung kommt. Wir haben entsprechend abgewartet und sind guter Dinge, dass unser Problem auch ordentlich ausgeht. Die Frage bezieht sich aber auch auf die Gesellschaft. Hier sind zwei Verträge geschlossen worden 1997 und 2000. Diese Verträge bewerten wir allerdings auch nicht als problematisch, weil in den Verträgen eindeutig geregelt ist, dass das gesamte Steuerrisiko zu Lasten des amerikanischen Investors geht. Aus diesem Grunde ist auch nicht damit zu rechnen, dass die US-Steuerbehörde eine entsprechende Anfrage an unsere Gesellschaft stellt.

Wir werden uns in dieser Frage nicht mit dem Städte- und Gemeindebund bzw. dem Deutschen Städtetag ins Benehmen setzen, weil wir uns von dem Problem nicht als betroffen fühlen. Die Frage zum Gerichtsstand erübrigt sich, weil wir selbst noch keinen Vertrag geschlossen haben.

5.3 Schriftliche Anfrage (F0205/04) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Aufhebung von Schulbezirken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Immer noch gilt für die Schulbezirke (Par. 41 Schulgesetz): „Für Grund- und Sekundarschulen legt der Schulträger mit Zustimmung der Schulbehörde Schulbezirke fest.“ Es gibt wohl im Land einige wenige Ausnahmeentscheidungen !

Im 9. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes heißt es im **Entwurf** dann allerdings: „Ab dem 01. August 2006 können die Schulträger mit Zustimmung der Schulbehörde ganz oder teilweise auf die Festlegung von Schulbezirken verzichten.....“

Wir fragen deshalb an:

1. Unter der Voraussetzung, dass dies so beschlossen wird: Wie wird seitens der Stadt unter diesen Bedingungen gesichert, dass die Schulbezirke zum Schuljahr 2006/2007 aufgehoben werden können ?
2. Wie bzw. in welcher Form bringt die Stadt derzeit die Meinung des Stadtrates zur Aufhebung von Schulbezirken in die Debatte zur Änderung des Schulgesetzes im Land ein ?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen !

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Wir haben vor zwei Jahren mühselig den Schulentwicklungsplan für die Stadt Magdeburg aufgestellt und haben die Standorte definiert, die wir langfristig erhalten wollen und für die wir jetzt gerade Sanierungsmaßnahmen einleiten. Wenn man die Schulbezirke jetzt aufhebt, könnte es passieren, dass es Bewegungen gibt von Schule zu Schule und die Schulen, die wir als Bestandsschulen haben, nicht genügend Schüler haben und geschlossen werden müssen. Wenn wir den Beschluss umsetzen wollen, und das schlage ich Ihnen definitiv vor, müssen wir vor der Aufhebung die Schulstandorte mit Schülerzahlen definieren. Sonst gibt es keine Planungsgrundlage mehr und dann können wir mit den Sanierungsmaßnahmen aufhören. Es geht nur in diesem Kontext.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.4 Schriftliche Anfrage (F0199/04) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Engpass Salbke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Straßenverbindung von Magdeburg nach Schönebeck weist an einer Stelle, dem Engpass Salbke, eine doch sehr extreme Situation aus.

Die Belastung durch Straßenverkehr der dort wohnenden Menschen ist objektiv extrem. Eine Vermietung der an dieser Stelle befindlichen Häuser dürfte quasi unmöglich sein, der vorhandene Leerstand in auch bereits sanierten Häusern belegt diese Annahme.

Gestatten Sie bitte in zuvor benanntem Zusammenhang folgende Anfragen:

1. Da der Bau einer Ortsumgehung von Salbke in den nächsten Jahren nicht Teil der Investitions-Prioritätenliste ist, stellt sich die Frage, wie zumindest der Schwerlastverkehr vom Engpass Salbke fernzuhalten ist.

Ist die Umleitung, mindestens des Verkehrs über 7 t Gesamtgewicht über die Faulmannstr./Ottersleber Str. am Flugplatz vorbei auf die B 71 zur Entlastung unserer Salbker Bevölkerung nicht kurzfristig machbar ?

2. Lässt sich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h zumindest für die Nachtstunden in den bebauten und bewohnten Bereichen der Faulmannstr./ Ottersleber Str. nicht kurzfristig herstellen ?

Wir bitten um gut begründete Beantwortung unserer Fragen nur dann, wenn sich die Anregungen aus der Ableitung unserer Fragen nicht sehr zeitnah umsetzen lassen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Gefühlsmäßig möchte ich Ihnen zu beiden Fragen ja sagen. Wenn man die Sache tiefer untersucht, dann kommt man zu der Frage, wohin dann mit dem Schwerlastverkehr. Denn hinter dem Engpass Salbke ist ein neuer Bedarf vorhanden. Die einzige Alternative, die es für den

Verkehr von 7,5 Tonnen gäbe, wäre über die B71 durch Sohlen. Sohlen ist im Ortskern auch kompliziert. Dazu kommt die Brücke. Wir haben keine Lösung gefunden. Ich kann nur zwei Zahlen sagen, die zwar beruhigen, aber das Problem nicht lösen. Der Verkehr zwischen 1997 und 2004, und da spielt die A 14 eine Rolle, ist insgesamt zurückgegangen von 22.200 Fahrzeugen pro Tag auf 18.300 pro Tag, der Schwerlastverkehr in diesem besagten Abschnitt - von 1.970 auf 980. Etwas anders sehen wir das bei der Frage 30 km/h in der Faulmannstraße. Wir glauben, aber einen Ansatzpunkt zu sehen, zumindest partiell in der Faulmannstraße und das ist ja auch entscheidend. Wir prüfen das. Allerdings müssen wir die Übereinstimmung mit der Oberen Behörde herstellen, um hier keine Konfliktsituation herbeizuführen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.5 Schriftliche Anfrage (F0201/04) des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion (gestellt von Frau Frömert, PDS-Fraktion)

Garagengemeinschaften

Der PDS-Fraktion sind einige Anfragen zugegangen, denen zufolge in Magdeburg Garagengemeinschaften Kündigungen ihrer Pachtverhältnisse erhalten.

Ich frage Sie Herr Oberbürgermeister,

1. Sind auch durch die Stadtverwaltung solche Kündigungen ergangen?
2. Wenn ja, aus welchem Grund wurden die Pachtverträge gekündigt?
3. Wie viele Pachtverträge gibt es zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Nutzern/Nutzergemeinschaften von Garagen auf städtischem Grund und Boden?

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Zu der Frage Garagengemeinschaften: Unbegründet spricht die Stadtverwaltung mit Sicherheit keine Kündigungen von Garagengemeinschaften aus. Sicher gibt es Fälle der Kündigung in dem Maße, indem auch Bautätigkeit durch die Stadt durchgeführt wird. Dann wird das normalerweise über die Garagengemeinschaften bzw. die Eigentümer geregelt auch mit einer entsprechenden Entschädigung. Ansonsten wäre ich dankbar, wenn Sie mir gezielt Hinweise geben könnten, wo so etwas passiert ist. Dann würden wir prüfen, ob wir tatsächlich die Eigentümer sind.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.6 Schriftliche Anfrage (F0215/04) der Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion

Schießübungen neben Freier Waldorfschule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ist Ihnen bekannt, dass seit Mitte September diesen Jahres die Bereitschaftspolizei Übungen zu Gefahren- bzw. Amoklagen mit Waffen und Platzpatronen in unmittelbarer Nähe von Pausenhof und Hortspielplatz der Freien Waldorfschule Magdeburg sowie Kindereinrichtung in der Kroatenwuhne durchführt?

Dieses ehemalige Kindergartenobjekt und dann Jugendamtsgebäude sollte nach Auszug des Jugendamtes einer Nachnutzung zugeführt werden. Wurden dazu wegen der Nähe zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen Kriterien bestimmt?

Von wem vermietet oder veräußert und für welchen Zeitraum soll die Bereitschaftspolizei das Gelände in der Magdeburger Kroatenwuhne zu diesen Übungszwecken nutzen dürfen?

Hat es vor der nunmehrigen Nutzung durch die Bereitschaftspolizei zu Übungszwecken auch mit Schusswaffen Abstimmungen mit Ihnen, den Beigeordneten, dem Schulverwaltungsamt, dem Jugendamt gegeben? Gab es Abstimmungen im kriminalpräventiven Beirat? Haben Sie – falls es diese gab - der jetzigen Nutzung und mit welchen Auflagen zugestimmt?

Halten Sie die jetzige Nachnutzung für eine angemessene im Umfeld von Kinder- und Schuleinrichtungen?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um bereits eingetretene Beeinträchtigungen im Schulalltag und im Wohlbefinden von Schüler(inne)n, Eltern, Lehrer(inne)n wieder zu minimieren?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.7 Schriftliche Anfrage (F0204/04) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Ansiedlung des Siemens-Gymnasiums an der Stendaler Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 05. 02.2004 hat der Stadtrat im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung einstimmig beschlossen, dass das Werner-von-Siemens-Gymnasium am Schulstandort Stendaler Straße angesiedelt werden soll.

Da wir über den Stand der Vorbereitungen zur Umsetzung des Beschlusses nicht informiert sind, fragen wir:

1. Wie ist der Stand der Vorbereitungen?
2. Welchen Stand haben die Planungen für die bauliche Umsetzung?
3. Wann ist mit Bauarbeiten am künftigen Standort zu rechnen?
4. Wann wird das Werner-von-Siemens-Gymnasium am Standort Stendaler Straße aufnehmen?

Wir bitten um kurze mündliche und vollständige schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch:

Wir sind dabei, einen entsprechenden Vertrag vorzubereiten, der möglicherweise noch im Jahr 2004 beschlossen wird. Es betrifft nicht nur die Stendaler Straße, sondern noch weitere Schulobjekte. Danach müsste eine europaweite Ausschreibung der Leistungen erfolgen. Dies wäre frühestens 2005 möglich. Ein Baubeginn, wenn das dann auch genehmigt wird vom Landesverwaltungsamt in der Größenordnung, wäre frühestens 2006 gegeben, sodass mit der Aufnahme eines Lehrbeginns am neuen Standort Stendaler Straße zum Schuljahr 2007-2008 gerechnet werden könnte. Es gibt auch noch eine entsprechende Studie seitens der KGE Kommunalgrund, die auch ein Interesse bekunden.

5.8 Schriftliche Anfrage (F0216/04) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Bestandsaufnahme der Stadtansichten Magdeburgs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

gemäß Beschluss [Beschluss-Nr.: 2871-77(III)04] im Magdeburger Stadtrat wurde die Verwaltung beauftragt eine Analyse zu erstellen, welche Problemfälle in Bezug auf Stadtansichten, die sich Bahnreisenden bei der Fahrt durch die Landeshauptstadt bieten, auftreten.

Gemäß Stellungnahme der Verwaltung wurde ein entsprechendes Gutachten auch in Auftrag gegeben.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Erarbeitung dieser Analyse?
2. Wann werden die entsprechenden Informationen dem Stadtrat zur Verfügung gestellt?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Wir haben nach dem Beschluss des Stadtrates mit der Fachhochschule Verbindung aufgenommen, um über diese das Problem zu lösen. Das ist in diesem Studienjahr nicht geglückt. Wir gehen davon aus, dass es am Anfang des kommenden Jahres sein wird. Wir haben uns parallel dazu im Rahmen des Stadtumbaus zu der Thematik speziell in der Neuen Neustadt mit den Stadtansichten von der Bahn aus befasst. Ich bin allerdings bei der Vorbereitung auf die jetzige Beratung darauf gestoßen, dass unsere Mitarbeiter das meines Erachtens viel zu intensiv betreiben wollen. Sie wollen mit den einzelnen Privateigentümern sprechen usw. Das ist noch nicht die Zielstellung. Ich würde deshalb bitten, Herr Stadtrat Salzborn, dass Sie selbst nochmals bereit sind, an einer kleinen Runde bei mir teilzunehmen, wo wir diese Zielstellung abgrenzen, damit wir dann der Fachhochschule eine Aufgabenstellung geben können.

5.9 Schriftliche Anfrage (F0213/04) der Stadträtin Hein, PDS-Fraktion

Kommunikationsmöglichkeiten für Schulleitungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus einem Gespräch mit dem Schulleitungsvorstand habe ich erfahren, dass nicht alle Schulleitungen über einen E-mail-Anschluss und die entsprechende Hard- und Software verfügen. Das erschwert den rechtzeitigen und kontinuierlichen Kommunikationsfluss mit dem Landesverwaltungsamt erheblich.

Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, um Auskunft, wie viele Schulen in Magdeburg derzeit nicht über solche technische Möglichkeiten verfügen und wie viele Schulen davon in der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung Bestand haben.

Zudem bitte ich Sie darzustellen, wie diese Probleme gegebenenfalls behoben werden können.

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch:

Sie wissen, dass wir mit Stuttgart als erste deutsche Stadt alle Schulen, die entsprechenden Fachräume und Klassenräume, ans Netz gebracht haben. Hier geht es um die Sekretariate und die Anschlüsse der Schulleitungen. Im Bereich der Gymnasien und berufsbildenden Schulen ist dieser moderne Kommunikationsaustausch gegeben. Es gibt aber noch aktuellen Handlungsbedarf im Grundschul-, Sekundar- und Sonderschulbereich. Hier gibt es rd. 20 Grundschulen, 9 Sekundarschulen und 8 Sonderschulen, bei denen diese Möglichkeiten noch

nicht gegeben sind. Wir werden selbstverständlich versuchen, diese Möglichkeiten einzuräumen im Rahmen dessen, was haushaltsmäßig möglich ist, so dass wir denken, dass wir auch die entsprechenden Möglichkeiten zeitnah schaffen.

5.10 Schriftliche Anfrage (F0208/04) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Umsetzung Hartz IV in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper!

1. Wie hoch ist augenblicklich die Rücklaufquote der ALG-II-Formulare? In welchem Verhältnis steht diese zu den potenziellen Leistungsempfängern in Magdeburg? Sieht die Verwaltung bei der Bearbeitung der Anträge eventueller Engpässe und welcher Natur sind diese?
2. In welchen Bereichen plant die Landeshauptstadt die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten und ist die Einführung von Kontrollmechanismen geplant, die eine Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen in Magdeburg verhindern sollen?
3. In welcher Weise wird die Landeshauptstadt dem " Förder-" Aspekt Rechnung tragen?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Bei den Anträgen sieht es gegenwärtig so aus, dass wir bei den Arbeitslosenhilfeempfängern 18.500 Anträge verschickt haben. Davon sind 12.476 im Rücklauf. Das entspricht einer Quote von 78 Prozent. Bei den Sozialhilfeempfängern haben wir eine Rücklaufquote von 64 Prozent mit Datum vom Montag. Hier haben wir insgesamt 4.683 Anträge verschickt und 3.006 sind zurückgekommen. Dieser Stand ist nicht sehr befriedigend bei den Sozialhilfeempfängern. Wir haben deswegen weitere Maßnahmen ergriffen. Alle Sozialhilfeempfänger bekommen in diesen Tagen einen Bescheid, dass ihre Leistungen am 31. 12. dieses Jahres auslaufen und damit verbunden wird nochmal der Hinweis, die Anträge abzugeben. Gleichzeitig sind alle Sachbearbeiter im Sozialamt dabei, die Sozialhilfeempfänger, wenn sie denn dort kommen, auch darauf hinzuweisen, dass sie die Anträge abgeben müssen. Aber wir haben, das muss man eben auch sagen, anders als bei den Arbeitslosenhilfeempfängern keine Möglichkeiten, Druck auszuüben, sondern wir können nur immer wieder appellieren und bei den komplizierteren Fällen auch die Sozialarbeiter mit einschalten. Ich bin aber guten Mutes, dass wir die Quote noch deutlich erhöhen und dass wir dann auch in der Bearbeitung weiterkommen. Sie wissen, dass am 18. Oktober mit der Eingabe der Daten begonnen wurde. Bislang sind ca. 2.600 Fälle bearbeitet. Sie fragen nach Problemen bei der Bearbeitung: Da kann ich Ihnen eine ganze Reihe nennen, aber das würde, denke ich, das Gremium hier überfordern. Wir sind gerade dabei, personell nochmals nachzusteuern. Wir haben mit der Software ALL2 das Vieraugenprinzip, sodass jeder Antrag durch zwei Hände gehen muss und deswegen müssen wir auch bei der Endbearbeitung nochmals personell aufbessern. Es wird auch Samstagsarbeit geben. Wir haben die Schichtarbeit vorgesehen. Im Moment gehen wir aber davon aus, wenn der Bearbeitungszyklus so weitergeht, dass wir dann mit dem gegenwärtigen Plan auch ausreichen.

Was die Arbeitsgelegenheiten angeht, so gibt es einen empfehlenden Katalog des Landes, der die verschiedenen Bereiche empfiehlt, wo solche Arbeitsgelegenheiten durchgeführt werden. Wir haben eine Vielzahl von Möglichkeiten in Magdeburg erschlossen. Unsere beiden Beschäftigungsgesellschaften sind involviert und sind auch erfahren in der Bewertung. Von daher gibt es bei den Trägern eine hohe Sensibilität. Die Kontrolle darüber wird u. a. auch durch den Beirat, der in der ARGE eingerichtet werden soll, mit durchzuführen sein. In den beiden kommunalen Beschäftigungsgesellschaften ist es ohnehin der Aufsichtsrat, der auch mit Vertretern der Kammern besetzt ist, der ein Auge darauf haben wird.

Zu Ihrer dritten Frage: Wir sind noch in Verhandlungen mit der Agentur, wie wir das Paket des Förderns gestalten. Da gibt es auch schon Vorstellungen, nur haben wir noch Wünsche von kommunaler Seite, die noch nicht komplett berücksichtigt werden. Ich gehe aber davon aus, dass wir spätestens in den nächsten 14 Tagen zum Abschluss kommen werden und dann das gesamte Paket des Förderns vorstellen können.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper:

Heute haben wir im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages über das Thema Hartz IV gesprochen. Die Erfahrungen, die Frau Bröcker vorgetragen hat, sind überall in Deutschland so. Woran liegt es, dass heute erst 80 Prozent der Anträge zurückgekommen sind? Da gibt es eine Aussage aus vielen Städten, die behaupten, die Menschen rechnen auch, ob sie etwas bekommen. Das gibt es auch eine ganze Reihe, man schätzt so 10 Prozent, die gerechnet haben und wissen, sie bekommen nichts. Die werden ihre Anträge mit hoher Wahrscheinlichkeit gar nicht abgeben. Wie hoch der Satz bei uns sein wird, weiß ich nicht, aber in vielen Städten wird geschätzt, dass 10 Prozent ungefähr keine Anträge abgeben werden. Man muss davon ausgehen, dass nicht jeder, der vorher Anspruch hatte, auch nachher noch Anspruch haben wird.

5.11 Schriftliche Anfrage (F0210/04) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Übungen der Stadtverwaltung im Bereich Katastrophenschutz

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper!

1. Welche Dienstposten der Stadtverwaltung außerhalb der Berufsfeuerwehr sind gemäß ihrer Aufgabenbeschreibung für Aufgaben des Katastrophenschutzes und der Notfallvorsorge vorgesehen?
2. Wie häufig führt die Stadtverwaltung, gegebenenfalls auch im Zusammenwirken mit anderen Landesbehörden Übungen durch, die der Vorbereitung und des Trainings dieser Dienstposteninhaber dienen?
3. Erachtet der Oberbürgermeister diesen Übungsrhythmus in dieser Übungsintensität als hinreichend, insbesondere mit Blick auf die Erfahrungen der Hochwasserkatastrophe 2002?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Wir haben außerhalb der Mitarbeiter des Brand- und Katastrophenamtes 55 Mitarbeiter im Katastrophenschutzstab aktuell eingegliedert. In Auswertung der Hochwasserkatastrophe 2002 haben wir ihn quantitativ und auch qualitativ gestärkt. Diese Mitarbeiter kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen, Ordnungsamt, Sozialamt, Gesundheitsbehörde, Eigenbetriebe. Es gibt dabei eine Vielzahl von Mitarbeitern, die das schon seit vielen Jahren im Stab tun und deshalb eine höhere Erfahrung mitbringen. Wir haben daneben 36 Mitarbeiter für die sogenannte Telefonhotline vorgesehen, die ständig in gewissen Abständen präpariert werden.

Zu Punkt 2: Es hat eigene Ausbildungen, die durch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz selbst geleistet worden sind, gegeben. Insgesamt 14 Veranstaltungen mit 124 Teilnehmern. Es hat 6 Lehrgänge gegeben an der Akademie für Krisenmanagement, Unfallplanung und Zivilschutz in Aarweiler und an der Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge mit insgesamt 43 Teilnehmern. Es hat eine Katastrophenschutzübung Titanic 2004 gegeben, die auch mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit begleitet war im Frühjahr dieses Jahres. Wir haben am kommenden Montag eine Stabsrahmenübung des Landes. Dort wird auch ein bestimmtes Szenario einer Hochwasserlage unterstellt. Wir halten das sowohl für ausreichend. Das Thema Katastrophenschutz nur auf die ausschließlich professionellen Mitarbeiter des Amtes 37 zu focussieren, würde ich für falsch halten. Ich verweise auf das Beispiel Gesundheitsbehörde, wo ganz neue Herausforderungen kommen können, wie Terroranschläge oder Giftgas in einer Klimaanlage eines Kaufhauses. Solche Dinge werden durchgespielt. Das sind Herausforderungen, für die ich ganz andere Experten benötige. Ich denke, diese Struktur, die wir vorhalten, ist so in Ordnung.

5.12 Schriftliche Anfrage (F0207/04) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes – bisher verfolgte Maßnahmen

In Anknüpfung an den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion „Magdeburger Wasserstraßenkreuz als Gebiet von besonderer touristischer Bedeutung in die tourismuspolitischen Vorhaben der Landeshauptstadt einbeziehen“ möchte ich an den Herrn Oberbürgermeister folgende Fragen richten:

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper:

1. Welche Maßnahmen konnte die Stadtverwaltung bisher in der generellen Verfolgung des Antragszieles unternehmen?
2. Welche Zeitachsen verfolgt die Landeshauptstadt bei der Koordinierung der Zusammenarbeit der bei der Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes zu beteiligenden Institutionen aus den anliegenden Gebietskörperschaften?

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn

Dr. Puchta

Von den Maßnahmen, die die Stadtverwaltung betreffen, ist die Touristeninformation am Wasserstraßenkreuz die wichtigste. Sie haben es der Zeitung entnehmen können, dass wir dort beteiligt sind. Der Bund wird im Frühjahr 2005 beginnen, am Wasserstraßenkreuz ein Informationszentrum zu bauen. Wir sind als Stadtverwaltung beteiligt, indem wir einen kleinen Abschnitt dort belegen mit einer Touristeninformation, die von der MMKT ausgerüstet und dann von der Urania betrieben wird. Wir gehen davon aus, dass 2006 die Fertigstellung sein wird. Wir erhoffen uns davon, dass die Touristen, die zum Wasserstraßenkreuz fahren, dort vernünftig informiert werden und auch die Stadt besuchen. Andere Gesellschaften, sind an der Vermarktung beteiligt. Wir haben die Fahrgastzahlen bei der Weißen Flotte, die von 2003 von 32.000 auf über 50.000 im Jahr 2004 gestiegen sind, sodass die Weiße Flotte überlegt, entweder in Kooperation oder mit einem geleastem Schiff dem Ansturm gerecht zu werden. Die MMKT selbst hat in diesem Jahr das Wasserstraßenkreuz ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt. Wir können für das Jahr 2004 berichten, dass wir 130 Gruppenführungen zum Wasserstraßenkreuz gemacht haben. Den zweiten Teil der touristischen Vermarktung übernimmt die Urania. Dort wurde berichtet, dass insgesamt 10.000 Interessenten dieses Jahr um das Wasserstraßenkreuz geführt wurden.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Wir haben Ende letzten Jahres die unmittelbar betroffenen Gemeinden und die touristischen Vermarkter zum Gespräch zusammen gehabt. Wir haben einige offene Fragen dabei festgestellt, die die Beteiligten klären wollten. Ende des Jahres werden wir eine zweite Gesprächsrunde machen. Aus den Erfahrungen heraus wird sich zeigen, ob wir daraus eine turnusmäßige Runde machen werden.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. Gültigkeit der Kommunalwahl

DS0623/04

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt die Drucksache DS 0623/04 ein. Er verweist dabei auf die vorliegenden Wahleinsprüche und informiert, dass die Einwendungen gegen die Wahl unbegründet sind und zurückgewiesen wurden. Herr Platz erklärt die Wahl für gültig und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0623/04.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 210-5(IV)04

Der Stadtrat beschließt im Sinne von § 52 (1) Nr. 2 KWG: „Die Einwendungen gegen die Wahl sind nicht begründet und werden zurückgewiesen. Die Wahl ist gültig.“

6.2. Wahl des Kreisjägermeisters sowie der Mitglieder des Jagdbeirates DS0592/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Balzer, die Wahl gemäß § 54 (3) Satz 2 GO LSA offen durchzuführen, wird von allen Mitgliedern des Stadtrates mitgetragen.

Der Stadtrat **wählt** mit 49 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 211-5(IV)04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg wählt auf Vorschlag der Kreisjägerschaft für den Zeitraum der laufenden Stadtratswahlperiode

Herrn Dr. Dirk Schulz zum Kreisjägermeister

sowie als weitere Mitglieder des Jagdbeirates

Herrn Peter Wartenberg als Vertreter der Landwirtschaft,
Herrn Wolfgang Grönwald als Vertreter der Forstwirtschaft,
Herrn Robert Schulze als Vertreter der Jagdgenossenschaft,
Frau Anna-Maria Wolter als Vertreterin des Naturschutzes und
Herrn Horst Burde als Vertreter der Organisation der Jäger.

6.3. Bestellung der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten

DS0666/04

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung. Der Ausschuss KRB hat die Drucksache DS0666/04 zurückgestellt.

Der Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Franke, dass sich die 4 zur Wahl stehenden Kandidaten kurz vorstellen, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Enthaltungen mitgetragen.

Im Anschluss erhalten Frau Bednarz, Herr Matthes, Herr Nuglisch und Herr Schabanoski das Rederecht und informieren im Rahmen ihrer Vorstellung kurz über ihren beruflichen Lebenslauf und über die Motivationsgründe bezüglich dieser Bewerbung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke beantragt eine Auszeit von 5 Minuten.

Nach der Auszeit informiert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer über das vorgesehene Abstimmungsverfahren. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung des Stadtrates.

Der Vorsitzende der Fraktion Grüne/future Stadtrat Westphal gibt zu Protokoll, dass er bei einer Nichtwahl vorsorglich Einspruch gegen den heute gefassten Beschluss einlegen wird. Er untermauert seine Rechtsauffassung mit Hinweis auf den § 54 GO LSAG.

Der Beigeordnete für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt klarstellend zu den Anmerkungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Grüne/future Stellung. Er verweist dabei auf § 54(3) Satz 1 GO LSA in Verbindung mit dem § 74a GO LSA, wonach die Gemeinde für bestimmte Aufgabenbereiche besondere Interessenvertreter bestellen kann.

Nach eingehender Diskussion erfolgt die Abstimmung. Im Ergebnis dieser Abstimmung entfielen folgende Stimmen:

Frau Bednarz	16 Stimmen
Herr Matthes	14 Stimmen
Herr Nuglisch	0 Stimmen
Herr Schabnoski	19 Stimmen

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 212-5(IV)04

Herr Schabanoski wird mit Wirkung vom 01. Dezember 2004 zum ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg bestellt.

Die Bestellung in das Ehrenamt erfolgt für die Dauer der IV. Wahlperiode des Stadtrates, sie endet mit der Neubestellung einer/eines Seniorenbeauftragten für die folgende Wahlperiode in einer Sitzung des neu gewählten Stadtrates.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht im Namen seiner Fraktion den nicht wieder bestellten Seniorenbeauftragten Herrn Nuglich seinen Dank für die Zusammenarbeit aus und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Der Stadtrat schließt sich den Wünschen an.

Der neu bestellte Seniorenbeauftragte Herr Schabanoski dankt dem Stadtrat für das entgegengebrachte Vertrauen.

6.4.	Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0660/04
------	--	-----------

Die Ausschüsse Uwe und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0660/04.

Gemäß Änderungsantrag DS0660/04/1 des BA SAB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Im § 13 (7) 4. Satz ist das Wort „mehrerer“ durch die Worte „von mindestens vier“ zu ersetzen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0660/04/1 mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 213-5(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung gemäß beiliegender Anlage 1.

6.5. Haushaltsrechtliche Entscheidung im Rahmen der Fortführung des Übertragungsprozesses von Kinderbetreuungseinrichtungen an freie Träger

DS0674/04

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Die Ausschüsse Juhi und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat die Drucksache DS0674/04 zur Kenntnis genommen.

Es liegt der Änderungsantrag DS0674/04/1 der PDS-Fraktion vor.

Der Änderungsantrag DS0674/04/1 der PDS-Fraktion -

In der Landeshauptstadt Magdeburg wird die vom Gesetzgeber (KJHG) gewünschte Vielfalt von konfessionsgebundenen, nicht konfessionsgebundenen und kommunalen Trägern im Zusammenhang mit der Übertragungen von Kindereinrichtungen realisiert.

In der Landeshauptstadt sollen durch mindestens eine städtische Einrichtung je Sozialbereich Betreuungsangebote unterbreitet werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat und seinen Fachausschüssen Juhi, FuG, F/G, Vw Gelegenheit zu geben, die Vorschläge von ver.di und dem Personalrat für einen Eigenbetrieb / eine gemeinnützige Gesellschaft für städtische Kindereinrichtungen sachlich zu bewerten und die Stellungnahme des Oberbürgermeisters dazu zur Kenntnis zu erhalten. Im Ergebnis dieser Bewertung werden die Entscheidungen zur Zukunft heute noch städtischer Einrichtungen getroffen.

Dazu gehören auch die Entscheidungen zum Verbleib von Betreuungspersonal im öffentlichen Dienst bzw. zum Umgang mit – gegebenenfalls - überzähligem Personal.

Der Beschluss zur Drucksache wird bis zur Beendigung der o. g. Beratungen zurückgestellt.-

wird vom Stadtrat mit 14 Ja-, 24 Neinstimmen und 7 Enthaltungen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 214-5(IV)04

Im Haushaltsplan/Stellenplan 2005 erhalten alle den Kindertageseinrichtungen zugeordneten Personalstellen einen kw-Vermerk zum 31.07.2005.

- 6.6. Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0723/04
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung
 WV v. 07.10.04
-

Es liegt ein Änderungsantrag DS0723/04/1 vor.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0723/04/1.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern äußert im Namen seiner Fraktion Bedenken zur vorgelegten Drucksache DS0723/04. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0723/04 an den Ausschuss KRB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die Drucksache DS0723/04 wird gemeinsam mit dem Änderungsantrag DS0723/04/1 in den Ausschuss KRB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 02.12.04

- 6.7. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg DS0616/04
 BE: Bürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 215-5(IV)04

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg für das Geschäftsjahr 2003.
2. Dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 04.06.2004, den Ausschüttungsbetrag in Höhe von 43.200,- EUR (brutto) der Stiftung "Kaiser Otto" zuzuführen, wird zugestimmt (zu TOP 3 - Verwendung des Jahresüberschusses). Nach Abzug von Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag ergibt sich der netto auszuschüttende Betrag in Höhe von 38.642,40 EUR. Die Ausschüttung kann als Zuwendung erfolgen. Die Stadtsparkasse Magdeburg kann den Betrag selbst für diese Zwecke verwenden.

6.8. Wahl des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg

DS0724/04

BE: Bürgermeister

Es liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Wahl von jeweils 2 Stellvertretern.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer informiert über das vorgesehene Verfahren zur Wahl des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt die Drucksache DS0724/04 ein, gibt Erläuterungen zum Wahlablauf und bittet darum, dem vorgeschlagenen Verfahren so zu folgen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal hinterfragt die rechtliche Grundlage dieser Wahl.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, äußert mit Hinweis auf den § 11 des Sparkassengesetzes Land Sachsen-Anhalt seine Bedenken zur Rechtsauffassung des Bürgermeisters. Dies bezieht sich insbesondere auf das Verfahren zur Besetzung des Verwaltungsrates mit Personen aus dem Kundenkreis der Sparkasse.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion und begründet seinen Standpunkt, die Besetzung des Verwaltungsrates, was die Mitglieder aus den Fraktionen und dem Kundenkreis der Sparkasse anbelangt, grundsätzlich nach Hare-Niemeyer vorzunehmen.

Er informiert, dass das Land den Widerspruch im jetzigen Sparkassengesetz per Gesetz lösen will.

Der Beigeordnete für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen hinsichtlich der Auflösung des Widerspruches Wahl/Hare-Niemeyer-Verfahren umfassend Stellung. Bezüglich des Sparkassengesetzes merkt er an, dass darin ein Widerspruch enthalten ist. Er macht grundsätzliche Bemerkungen zum Wahlprozedere.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper begründet die vorgelegte Drucksache aus der Sicht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates hinsichtlich der angestrebten Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Er geht auf das bestehende Erfordernis ein und bittet abschließend darum, dies bei der Wahl zu beherzigen.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0724/04 in den Ausschuss KRB – ein.

Vertreter der PDS-Fraktion sprechen sich gegen und Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion für den GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, aus.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf GO-Antrag des Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Die Drucksache DS0724/04 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 02.12.04

6.9. Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH DS0621/04
Jahresabschluss zum 31.12.2003
BE: Bürgermeister

Die Stadträte Seifert, Schmicker und Reppin, CDU-Fraktion, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 216-5(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2003 der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH (MVB GmbH) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH werden angewiesen,
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2003 mit einer Bilanzsumme von 122.201.319,98 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 94.653,15 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 94.653,15 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 44.641,50 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Gewinn in Höhe von 139.294,65 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2003 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn Dr. Preil und Herrn Regener, die Entlastung für das Geschäftsjahr 2003 zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 die WIBERA Wirtschaftsberatungs AG zu bestellen.

6.10. Jahresabschluss 2003 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID GmbH) DS0641/04

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 217-5(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2003 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID GmbH) zur Kenntnis.

2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der KID GmbH werden angewiesen:

den Jahresabschluss zum 31.12.2003 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.064.104,54 EUR festzustellen und den Jahresüberschuss in Höhe von 22.310,20 EUR an die Gesellschafter auszuschütten;

den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2003 zu entlasten;

dem Geschäftsführer, Herrn Roman Krajinski, für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen;

für das Geschäftsjahr 2004 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH, zum Abschlussprüfer zu bestellen.

6.11. Jahresabschluss 2002 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) DS0642/04

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 218-5(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision, Zweigniederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten

Bestätigungsvermerk (mit Zusatz) versehenen Jahresabschluss 2002 der ZPVP GmbH zur Kenntnis.

2. Der Gesellschaftervertreter der ZPVP GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2002 mit einer Bilanzsumme von 11.855.975,69 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 44.015,15 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2002 in Höhe von 44.015,15 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 37.788,69 EUR zu verrechnen und den nicht verrechenbaren Jahresüberschuss in Höhe von 6.226,46 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer Herrn Dr. Reinhard Fietz sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung zu erteilen.

6.12. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2003 der
Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH

DS0653/04

BE: Bürgermeister

Die Stadträte Westphal, Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne und Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, begründet mit dem Hinweis auf die Gewinn- und Verlustrechnung seine Ablehnung zur Drucksache DS0653/04.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 219-5(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH zum 31.12.2003 zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2003 mit einer Bilanzsumme von 1.072.518.357,71 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 72.939.563,88 EUR festzustellen,

- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 72.939.563,88 EUR in voller Höhe aus der Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG zu entnehmen,
- den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2003 zu entlasten,
- dem Geschäftsführer Herrn Sonsalla für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
- die WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 und für die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zu bestellen.

6.13. Abschluss zum 30.06.2003 der Sanierungsgesellschaft DS0707/04
Magdeburg mbH i.L. (SGM i.L.)
BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 220-5(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Lang und Stolz KG, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss zum 30.06.2003 der SGM i.L. zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Abschluss zum 30.06.2003 mit einer Bilanzsumme von 315.607,53 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.395,48 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 3.395,48 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 252.666,05 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - der Liquidatorin Frau Carola Klüsener sowie dem Verwaltungsrat für das Liquidationsgeschäftsjahr vom 01.07.2002 bis 30.06.2003 Entlastung zu erteilen.

- 6.14. Gesellschaftsrechtliche Zusammenführung und Neuordnung der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGGM) sowie damit verbundene Maßnahmen zur Effizienzsteigerung DS0637/04
- BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
-

Der TOP 6.14 – DS0637/04 wurde **zurückgezogen**.

- 6.15. Erwerb weiterer Geschäftsanteile an der Magdeburger Hafen GmbH DS0649/04
- BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
-

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 221-5(IV)04

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg erwirbt zum 1. Januar 2005 weitere 2 % der Geschäftsanteile an der Magdeburger Hafen GmbH von der Stadt Schönebeck zum Nominalwert mit einem Kaufpreis in Höhe von 28.376,60 €
2. Die Gesellschaftervertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg wird zur Umsetzung angewiesen.

- 6.16. Verlängerung des Regionalmanagements für die Region Magdeburg DS0746/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
-

Die Ausschüsse FG und RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 222-5(IV)04

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Landeshauptstadt Magdeburg im Rahmen der Arbeit der Ständigen Regionalkonferenz Magdeburg (RKM) als Region auch für die Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck einen Antrag auf Verlängerung der Förderung des Regionalmanagements für die Jahre 2005 und 2006 in Höhe von insgesamt 387.500 EUR stellt.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass nach Erteilung des Bewilligungsbescheides ein Auftrag zur weiteren Durchführung des Regionalmanagements gemäß den Vorgaben des Fördermittelbescheides erteilt wird.

- 6.17. Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg DS0676/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Die Ausschüsse Juhi und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 223-5(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Satzungsergänzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg im § 5 Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses – eine Vertreterin/ein Vertreter des Jugendforum.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung.

Es liegt der interfraktionelle Änderungsantrag DS0693/04/1 vor.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bringt die Drucksache DS0693/04 umfassend ein und begründet die Schließung anhand konkreter Zahlen und mit Hinweis auf die demografische Entwicklung im Stadtteil. Sie nimmt zum vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag DS0693/04/1, insbesondere zum Punkt 1, Stellung und hält diesen für nicht umsetzbar. Frau Bröcker plädiert für eine Ablehnung des Änderungsantrages DS0693/04/1 und für die Annahme der Drucksache DS0693/04 in vorgelegter Form.

Die Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadträtin Wübbenhorst begründet das empfehlende Votum ihres Ausschusses und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0693/04.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg informiert, dass sich sein Ausschuss erst heute kurz vor Beginn der Stadtratssitzung mit der Drucksache DS0693/04 befasst hat. Er bringt den GO-Antrag – die Drucksache DS0693/04/1 wird mit dem interfraktionellen Änderungsantrag DS0693/04/1 in die Verwaltung zurücküberwiesen und ist im Stadtrat zur Sitzung im Februar 2005 erneut einzubringen – ein.

Vertreter der PDS-, FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Grüne sprechen sich für und Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion gegen den GO-Antrag des Ausschusses FG aus.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Bromberg, Vorsitzender des Ausschusses FG, **beschließt** der Stadtrat mit 27 Ja-, 20 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Die Drucksache DS0693/04/1 wird mit dem interfraktionellen Änderungsantrag DS0693/04/1 in die Verwaltung zurücküberwiesen und ist im Stadtrat zur Sitzung im Februar 2005 erneut einzubringen.

WV: SR-Sitzung 10.02.05

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper übt mit Verweis auf die bisherige Verfahrensweise, abgestimmt mit dem damaligen Stadtratsvorstand Kritik dahingehend, dass die Verwaltung nach der Einbringung von GO-Anträgen keine Möglichkeit zur Meinungsäußerung mehr hat.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer sichert zu, dies künftig zu berücksichtigen.

- 6.19. Gründung - Magdeburger Bündnis für Familie DS0725/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Die Ausschüsse FuG, GeSo und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 224-5(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung des „Magdeburger Bündnisses für Familie“ in 2004 in der Landeshauptstadt Magdeburg zu initiieren.

- 6.20. Widmung der Gemeindestraßen Hansapark, Seepark und DS0451/04
Fabriciusstraße (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 359-1 "Hansapark"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 225-5(IV)04

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraßen Hansapark, Seepark und Fabriciusstraße(Teilstück) im B-Plan-Gebiet 359-1 "Hansapark" zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.21. Straßename

DS0663/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 226-5(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Benennung der neu entstehenden Erschließungsstraße im ersten Bauabschnitt des B-Planes Nr. 267-1 B „Klusdamm/Thomas-Mann-Straße – Teil B – „ als

Brigitte-Reimann-Straße

7. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

7.1 Frau Christa Zengerling, Blaubeilstr. 23, 39104 Magdeburg

Wie ist der aktuelle Sachstand zum Neubau eines Tierheims in Magdeburg?
Auf welche Zeiträume muss sich die Bürgerschaft bis zur Eröffnung dieser Einrichtung einstellen?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Meines Wissens ist der Grundstücksankauf kurz vor dem Abschluss. Danach wird der Planungsauftrag erteilt für die Planung des Tierheims. Aufgrund der Haushaltssystematik dürfen die Mittel für den Bau in den Haushalt erst dann eingestellt werden, wenn die HU Bau vorliegt. Ein Baubeginn wird voraussichtlich erst 2006 erfolgen.

7.2 Herr Ronny Huth, Brunnerstraße 7a, 39112 Magdeburg

Ich bin Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung am Städtischen Klinikum Magdeburg. Ich habe mich vor 8 Wochen an Sie gewandt, was im Rahmen der Stadtratssitzung vom 9. September 2004 geschah. Zu diesem Zeitpunkt wollte ich von Ihnen eine Aufklärung in der Angelegenheit zum Betriebsleiter im Städtischen Klinikum Magdeburg und stellte Ihnen in Bezug darauf auch präzise Fragen. Diese konnten Sie mir hier nur zum Teil beantworten, da es einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil betraf.

Wo sind die Antworten auf die anderen Fragen? Es wurde mir in dieser Stadtratssitzung zugesichert, dass ich eine schriftliche Antwort erhalte, auf die ich bis heute noch warte. Wann bekomme ich meine Antworten? Beabsichtigen Sie überhaupt, mir eine Antwort in schriftlicher Form zukommen zu lassen? Wenn dies nicht der Fall sein sollte, warum.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Ich habe Ihnen in der Stadtratssitzung auf Ihre Anfragen alle Antworten gegeben und habe auch keine schriftliche Antwort zugesichert. Ich gehe auch davon aus, dass mit der Gesundung des Betriebsleiters, den wir dort eingesetzt haben, auch alle Fragen dort im Eigenbetrieb, die Sie sonst noch haben, beantwortet werden können. Ich denke, ich hatte hier erschöpfend Auskunft gegeben zu allem, was mit der Betriebsleitung des Städtischen Klinikums zusammenhängt.

Nachfrage von Herrn Hut:

Es wurde unterschieden in nichtöffentlichen und öffentlichen Teil. Der öffentliche Teil wurde mir beantwortet, der andere nicht. Darauf möchte ich auch Antworten.

Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Balzer:

Das sind teilweise Regelungsinhalte, die Sie in ihrer Funktion nicht erfahren können. Die liegen im Stadtrat und der Verwaltung und deswegen wird der Oberbürgermeister dann auch nicht weiter darauf eingegangen sein. Das ist so mit bestimmten Antworten, die werden eben nicht weitergereicht wenn es um spezielle Verträge geht, um Inhalte von Verträgen o. ä.

7.3 Herr Henrik Balkow, Plötzkyer Str. 8, 39122 Magdeburg

Der Schulelternrat in Fermersleben möchte gern eine Antwort haben darauf, warum die Schule in Fermersleben geschlossen werden soll. Obwohl die Fakten, die damals zur Entscheidung geführt haben, dass diese Schule geschlossen werden soll, nicht mehr aktuell sind. Die Schule Westerhüsen bleibt weiterhin geöffnet und die Kinder sollen alle nach Salbke umgeschult werden. Dass das nicht ganz funktioniert, hat sich im letzten Schuljahr gezeigt. Die Eltern wandern ab aus Fermersleben und bringen ihre Kinder anders unter, z. B. in Buckau. Der Elternrat möchte eigentlich erreichen, dass statt der Schule in Salbke, die jetzt mit viel Aufwand umgebaut werden muss, die Schule in Fermersleben geöffnet bleibt, weil dort keine

umfangreichen Umbaumaßnahmen mehr sein brauchen. Die ganzen Fakten haben wir einmal zusammengefügt, das ich Ihnen gern übergeben möchte. (schriftliche Antwort wird erwünscht)

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch:

Ich will nur darauf hinweisen, dass um 18:00 Uhr der Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes in Fermersleben ist und mit dem Elternverein ein Gespräch führt um über die Fragen, die Sie hier vielleicht aufgelistet haben, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bittet darum, das umfangreiche Material auch den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, damit sie sich vorbereiten können auf gegebenenfalls Diskussionen im Bildungs-, Schule-, Sportausschuss.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- | | | |
|------|---|----------|
| 8.1. | Wiedereinführung historischer Strassenbezeichnungen
Bündnis 90/Die Grünen - future! - die jugendpartei (III. Wahlperiode)
WV v. 19.04.04 und 09.09.04 | A0053/04 |
|------|---|----------|
-

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal stellt fest, dass sich der Antrag A0053/04 erledigt hat.

- | | | |
|------|--|----------|
| 8.2. | Konzept Existenzgründungen
CDU-Fraktion
WV v. 19.04.2004 | A0066/04 |
|------|--|----------|
-

Der Ausschuss WTR hat den Antrag A0066/04 abgelehnt.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt zum Ausgangspunkt des Antrages A0066/04 Stellung. Er hält die vorliegende Stellungnahme S0120/04 der Verwaltung für nicht zufriedenstellend und sieht die Umsetzung des Antrages A0066/04 als nicht erfüllt an.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Dr. Puchta nimmt zur Thematik Stellung und verweist auf das Ausfertigungsdatum April 2004 der vorliegenden Stellungnahme S0120/04. Er informiert, dass in der Zwischenzeit weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden, um das Thema „Existenzgründung“ voranzubringen.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, legt den Standpunkt seiner Fraktion zur Thematik dar. Er merkt dabei u.a. an, dass es Aufgabe der Verwaltung sein muss, Unternehmen, die in der Existenzgründung sind, zu begleiten und zu stabilisieren.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal wirbt dafür, den Antrag A0066/04 zu unterstützen. Bezüglich der vorliegenden Stellungnahme S0120/04 stellt er fest, dass daraus die Wirksamkeit der Unterstützung der Stadt nicht ersichtlich ist.

Abschließend nimmt der Oberbürgermeister Dr. Trümper kritisch zum Antrag A0066/04 Stellung. Er hält die Antragstellung für nicht sinnvoll und verweist auf die zahlreichen Gremien, die Existenzgründer beraten.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0066/0 der CDU-Fraktion mit 23 Ja- und 15 Neinstimmen:

Beschluss-Nr. 227-5(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept zur Erhöhung der Effizienz bei der Förderung von Existenzgründungen bis zur Sitzung des Stadtrates im Juni 2004 vorzulegen.

8.3.	Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg Bündnis 90/Die Grünen - future! die jugendpartei (III. Wahlperiode) WV v. 14.06.04	A0090/04
------	---	----------

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse KRB und RWB empfehlen die Beschlussfassung unter Beachtung des jeweils vorliegenden Änderungsantrages A0090/04/2 und A0090/04/1.

Des weiteren liegt ein Änderungsantrag A0090/04/3 der CDU-Fraktion vor, wobei festzustellen ist, dass alle 3 vorliegenden Änderungsanträge, abweichend der Änderungsantrag der CDU-Fraktion bezüglich des Abstimmungspartners, indentisch sind.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka gibt eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag A0090/04/2 bekannt. (Im Beschlusstext 3. Zeile soll es heißen: Februarsitzung 2005). Diese redaktionelle Änderung ist ebenfalls im Änderungsantrag A0090/04/3 der CDU-Fraktion vorzunehmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern begründet die geforderte Abstimmung mit der MMKT.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifizierten Änderungsantrag A0090/04/3 (identisch mit den Änderungsanträgen A0090/04/1 und A0090/04/2 der Ausschüsse RWB und KRB) einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH und unter Einbeziehung weiterer dafür in Frage kommender Partner, dem Stadtrat bis zur Februarsitzung 2005 einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, der eine Verleihung des Ehrentitels „Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg“ ermöglicht.

Der Verfahrensvorschlag sollte davon ausgehen, dass dieser Ehrentitel durch die Landeshauptstadt Magdeburg auf Beschluss des Stadtrates verliehen wird und die Federführung der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH übertragen wird.

Gemäß Antrag A0090/04 der Fraktion Bündnis 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat in der Fassung des modifizierten Änderungsantrages A0090/04/3 der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 228-5(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH und unter Einbeziehung weiterer dafür in Frage kommender Partner, dem Stadtrat bis zur Februarsitzung 2005 einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, der eine Verleihung des Ehrentitels „Botschafter der Landeshauptstadt Magdeburg“ ermöglicht.

Der Verfahrensvorschlag sollte davon ausgehen, dass dieser Ehrentitel durch die Landeshauptstadt Magdeburg auf Beschluss des Stadtrates verliehen wird und die Federführung der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH übertragen wird.

8.4. Bürgerdienst "Hausbesuch"

A0154/04

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0154/04 in die Ausschüsse KRB und FG – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0154/04 wird in die Ausschüsse KRB und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

8.5. Sanierung Schule Salbke A0155/04
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0155/04 in die Ausschüsse BSS und StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0155/04 wird in die Ausschüsse BSS und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

8.6. Änderung der Vorfahrtsregelung Harsdorfer Straße A0156/04
CDU-Fraktion

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0156/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Reppin, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0156/04 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

8.7. Parkregelung Flechtinger Straße

A0157/04

CDU-Fraktion

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0157/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handelt der beschlossen werden sollte. Das Prüfergebnis ist dann Beratungsgegenstand im Ausschuss StBV.

Stadtrat Czoalla, SPD-Fraktion, spricht sich für den GO-Antrag aus.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper regt an zu überlegen, ob es nicht sinnvoller ist, die Neuanträge erst in den Ausschüssen vorzubereiten und dann erst im Ergebnis in den Stadtrat einzubringen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß GO-Antrag des Stadtrates Reppin, CDU-Fraktion, mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0157/04 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

8.8. Schulwegsicherung

A0160/04

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0160/04 ein und bittet um Zustimmung.

Gemäß Antrag A0160/04 der Fraktion Bündnis 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 229-5(IV)04

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zeitnah untersuchen zu lassen, wie der vorhandene Schulweg von Fermersleben zur beschlossenen Grund- und Sekundarschule Salbke sicherer hergerichtet werden kann. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler, welche ihr Fahrrad für den Weg zur Schule nutzen wollen, ist der vorhandene Zustand außerordentlich gefährlich.

Das Ergebnis der Untersuchung ist den Ausschüssen BSS und StBV, finanzielle Auswirkungen sind dem F/G-Ausschuss zur Haushaltsberatung für 2005, vorzulegen.

Im Ergebnis der Untersuchung ist dann dafür Sorge zu tragen, dass anerkannte Notwendigkeiten in den Haushaltsplan für 2005 eingeordnet werden und möglichst bis zur Schließung der Grundschule Farmersleben umgesetzt werden.

8.9.	Brauerei in Magdeburg	A0161/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne bringt den Antrag A0161/04 und bittet um Zustimmung.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper legt seinen Standpunkt zum Antrag A0161/04 dar und hält diesen für nicht umsetzbar.

Vertreter der SPD- und FDP-Fraktion unterstützen die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Trümper.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann hält die Antragstellung für einen Versuch, alte Traditionen wieder aufleben zu lassen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 230-5(IV)04

Der Antrag A0161/04 der Fraktion Bündnis 90/Grüne –

Der Stadtrat möge beschliessen:

1. Der Stadtrat bedauert, dass seit nunmehr über 10 Jahren am Standort Magdeburg kein Brauerei-betrieb mehr ansässig ist und edlen Magdeburger Gerstensaft produziert.
2. Der Oberbürgermeister wird daher gebeten, seitens des Dezernates III eine Konzeption ausarbeiten zu lassen, wie die Ansiedlung/Gründung eines entsprechenden Unternehmens erreicht werden könnte. –

wird **abgelehnt**.

8.10. Magdeburger Stadtrecht A0158/04
CDU-Fraktion

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0158/04 und den Überweisungsantrag – Überweisung des Antrages A0158/04 in die Ausschüsse K und StBV – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Veil, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0158/04 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 13.01.2005

8.11. Ausstellung Drittes Reich A0159/04
CDU-Fraktion

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0159/04 in den Ausschuss K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Veil, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0159/04 wird in den Ausschuss K überwiesen.

WV: SR-Sitzung 2005

8.12. Aufhebung eines Beschlusses

A0163/04

Kulturausschuss

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Heendorf bringt den Antrag A0163/04 ein.

Gemäß Antrag A0163/04 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 231-5(IV)04

Der Beschluss zum Änderungsantrag des Kulturausschusses zur DS 0388/04 vom 09.09.04 wird aufgehoben.

Beschlusspunkt 3 der DS 0388/04

Die Landeshauptstadt Magdeburg soll nach Beendigung des Vertrages mit dem „Literaturhaus Magdeburg e.V.“ bzw. Auflösung des Vereins in die **bestehenden** Dienst- und Anstellungsverhältnisse des in der Einrichtung beschäftigten, in der Zusatzversorgungskasse Sachsen-Anhalt pflichtversicherten Personals eintreten. Tritt der Fall der Personalrücknahme ein, sollen die tariflichen Bestimmungen der betroffenen Beschäftigungsgruppe, die zum Stichtag, zu dem die Personalrücknahme erfolgt, von der Stadt anzuwenden sind, gelten.

Änderung des Beschlusspunktes 3 der DS 0388/04 auf Antrag des KA:

Die Landeshauptstadt Magdeburg soll nach Beendigung des Vertrages mit dem „Literaturhaus Magdeburg e.V.“ bzw. Auflösung des Vereins in die **übergeleiteten** Dienst- und Anstellungsverhältnisse des in der Einrichtung beschäftigten, in der Zusatzversorgungskasse Sachsen-Anhalt pflichtversicherten Personals eintreten. Tritt der Fall der Personalrücknahme ein, sollen die tariflichen Bestimmungen der betroffenen Beschäftigungsgruppe, die zum Stichtag, zu dem die Personalrücknahme erfolgt, von der Stadt anzuwenden sind, gelten.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bringt den modifizierten Antrag A0164/04 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zum Antrag A0164/04 Stellung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr kann der modifizierten Fassung des Antrages A0164/04 nicht folgen und bringt einen Änderungsantrag ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper macht grundsätzliche Ausführungen zur Situation der Förderung der Theater durch das Land und geht auf die Zielstellung des Antrages A0164/04 ein. Er weist darauf hin, dass die inhaltliche Debatte zur Gestaltung der Theaterlandschaft Landessache ist. In seinen weiteren Ausführungen erinnert der Oberbürgermeister Dr. Trümper an das durch den Stadtrat beschlossene Haushaltskonsolidierungsprogramm, welches vorsieht, beim Theater der Landeshauptstadt Magdeburg Einsparungen vorzunehmen. Grundsätzlich spricht er sich dafür aus, sich mit inhaltlichen Fragen auseinanderzusetzen. Dies erfordert vor dem Hintergrund der angekündigten Landesförderung die Theaterstrategie in Magdeburg auf den Prüfstand zu stellen.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion übt Kritik an der Landesregierung im Umgang mit der Landeshauptstadt Magdeburg und sieht noch Verständigungsbedarf zur Thematik.

Stadträtin Dr. Hein, PDS-Fraktion, legt ihren Standpunkt, auch aus Landessicht, zum Antrag A0164/04 dar. Sie sieht in der Antragstellung ihrer Fraktion eine Unterstützung für den Oberbürgermeister bei noch möglichen Verhandlungen mit dem Land im Vorfeld des neuen Theatervertrages. Der Zeitraum bis zum 31.12.04 sollte diesbezüglich genutzt werden. Sie empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal hinterfragt den objektiven Sinn der Antragstellung. Aus seiner Sicht ist es viel wichtiger, sich mit der Situation, die jetzt auf die Stadt zukommt, zu befassen, da im großem Maße der Haushalt 2005 der Landeshauptstadt Magdeburg von den Kürzungen tangiert ist.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Dr. Hildebrand den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Ende der Rednerliste.

Im Anschluss nimmt noch einmal der Oberbürgermeister Dr. Trümper zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen Stellung.

Stadtrat Bischoff, SPD-Fraktion, begründet seine Zustimmung zum Antrag A0164/04.

Nach weiterer Diskussion schätzt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern die Situation als ernüchternd ein. Es gilt jetzt zu klären, welche Verschiebungen im Haushalt 2005 der Landeshauptstadt Magdeburg vorzunehmen sind. Er stellt abschließend fest, dass sich die Stadt bei der derzeitigen Haushaltssituation keine üppige Kulturlandschaft werde mehr leisten werden können.

Zum Schluss der Debatte nimmt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch zur Problematik Stellung. Er informiert dabei u.a. über die Gesprächsbereitschaft des Kultusministers Herrn Olbertz und begrüßt diese außerordentlich. Herr Dr. Koch verweist weiterhin auf einen Artikel in der Theaterzeitschrift „Die Deutsche Bühne“, worin festgestellt wurde, dass in Magdeburg in beispielhafter Form Theater betrieben wird. Bezüglich der Haushaltskonsolidierung informiert er darüber, dass die Verwaltung derzeit eine Drucksache erarbeitet, in der die Eckdaten verankert werden. Er geht abschließend kritisch auf die Darlegung des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, ein.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der 3. Absatz des modifizierten Antrages A0164/04 wird wie folgt gefaßt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Ausschuss K und FG der Landeshauptstadt Magdeburg über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

Gemäß modifizierten Antrag A0164/04 der PDS-Fraktion unter Beachtung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 232-5(IV)04

1. Der Stadtrat begrüßt, dass der Kultusminister gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg eine Vertiefung des inhaltlichen Dialoges zur perspektivischen Entwicklung der Theater angekündigt hat und die Gespräche bereits geführt werden.
2. Gegenstand und Ziel sollten sein, den Diskurs zur Profilentwicklung der Theater im Land Sachsen-Anhalt - bei Präferenz der Mehrspartentheater / des Mehrspartenangebotes in den Oberzentren - qualitativ fortzuführen. Die inhaltliche Profilentwicklung mit der von Landesregierung und Oberzentrum gewollten regionalen Ausstrahlung und Wirkung soll auch aus der Umlandfunktion sowie dem Status als Landeshauptstadt abgeleitet werden. Die bereits erarbeiteten Positionen und Erfahrungen der Theater in der Landeshauptstadt zum theaterpädagogischer Bereich, im Kinder- und Jugendtheater, zu möglicher Kooperation der Zentralen Theaterwerkstätten bei freier Kapazität mit anderen Bühnen des Landes, die mittelfristig vorgesehene neue Betriebsform, ... sind in die weiterführenden Gespräche einzubringen.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Ausschuss K und FG der Landeshauptstadt Magdeburg über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

9. Informationsvorlagen

Zum TOP 9.2 – I0316/04 erteilt der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne das Rederecht.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne hält die Formulierung in der vorliegenden Information I0316/04 im 4. Absatz bezüglich der Planungsabsichten der Gemeinde für zu pauschal und hält eine Präzisierung für erforderlich.

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.4 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Balzer
Vorsitzender des Stadtrates
Anwesend:

Luther
Protokollantin

Vorsitzende/r

Balzer, Falko

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Hein, Rosemarie Dr.
Heinemann, Klaus
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hoffmann, Martin
Huhn, Dagmar
Kilian, Thomas
Klein, Carsten
Krause, Bernd
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Lischka, Burkhard
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Meinecke, Walter
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Ruden, Gerhard
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Zimmer, Gerd Dr.
Abwesend:
Brüning, Hans-Werner
Danicke, Martin
Müller, Oliver